

Entwurf Novelle Verbraucherbehörden-~~K~~kooperationsgesetz (VBKG)

1. Abschnitt

Allgemeine Bestimmungen

Anwendungsbereich und Begriffsbestimmung

§ 1. (1) Dieses Bundesgesetz regelt bestimmte Aspekte der Durchführung der Verordnung (EGU) über die Zusammenarbeit zwischen den für die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze zuständigen nationalen Behörden und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004, ABl. Nr. L 36445 vom ~~927. Dezember 12.2004~~17, S. 1 (im Folgenden: ~~Verordnung (EG) über die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz~~ Verbraucherbehördenkooperationsverordnung bzw. VBKVO).

(2) In diesem Bundesgesetz bezeichnet der Ausdruck „Verstoß nach der Verbraucherbehördenkooperationsverordnung“ die in Art. 3 Nummer 5 VBKVO definierten Verstöße.

Zentrale Verbindungsstelle

§ 2. Zentrale Verbindungsstelle nach Art. 3 ~~lit. d~~ Nummer 7 der VBKVO ~~Verordnung (EG) über die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz~~ ist die Bundesministerin bzw. der Bundesminister für soziale Sicherheit, Generationenarbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz.

Zuständige Behörden

§ 3. (1) Zuständige Behörden nach Art. 3 ~~lit. e~~ Nummer 6 der VBKVO ~~Verordnung (EG) über die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz~~ sind

1. der Bundeskartellanwalt für die Vorschriften zur Umsetzung der im Anhang unter Z 1 angeführten Richtlinien,
2. die ~~in § 1 des Bundesgesetzes über die Agentur für Passagier- und Fahrgastrechte, BGBl. I Nr. 61/2015, eingerichtete~~ Agentur für Passagier- und Fahrgastrechte für die im Anhang unter Z 2 angeführten Verordnungen und die zu deren Ausführung ergangenen Vorschriften,
3. die Bundeswettbewerbsbehörde für die Vorschriften zur Umsetzung der im Anhang unter Z 3 angeführten Richtlinien,
4. die Kommunikationsbehörde Austria („KommAustria“) für die Vorschriften zur Umsetzung der im Anhang unter Z 4 angeführten Richtlinie, ~~und~~
5. das Bundesamt für Sicherheit im Gesundheitswesen für die Vorschriften zur Umsetzung der im Anhang unter Z 5 angeführten Richtlinie, ~~;~~
6. ~~Die in § 113 Abs. 2 des Telekommunikationsgesetzes 2003 – TKG 2003, BGBl. I Nr. 70/2003, genannt~~ das Fernmeldebüros für die Vorschrift zur Umsetzung der im Anhang unter Z 6 angeführten Richtlinie, ~~wobei die Zuständigkeitsbestimmung des § 113 Abs. 3 TKG 2003 sinngemäß anzuwenden ist, und~~
7. die Bundesministerin bzw. der Bundesminister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz für die Vorschriften zur Umsetzung der im Anhang unter Z 7 angeführten Richtlinie.

(2) ~~Wenn für einen vermuteten innergemeinschaftlichen Verstoß im Sinn des Art. 3 lit. b der Verordnung (EG) über die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz nach Abs. 1 mehrere Behörden zuständig sind~~ Fällt ein Verstoß nach der Verbraucherbehördenkooperationsverordnung in den Zuständigkeitsbereich mehrerer Behörden, haben diese einander über ihre Tätigkeit zu unterrichten und ihre weitere Vorgangsweise abzustimmen.

2. Abschnitt

Tätigkeit der zuständigen Behörde

Ausübung der Befugnisse

§ 4. (1) Die zuständige Behörde übt die ihr nach Art. 9 VBKVO zukommenden Befugnisse nach den Bestimmungen dieses Abschnitts sowie der Verbraucherbehördenkooperationsverordnung aus. Die Ausübung erfolgt

1. unmittelbar in eigener Verantwortung nach den §§ 6, 7 Abs. 2 und 3 und § 7a Abs. 2 sowie nach Art. 9 Abs. 3 Buchstabe d und Abs. 4 Buchstabe d, sowie den Abs. 7 und 8 VBKVO oder
2. durch Befassung anderer Behörden nach den §§ 7b, 7c und 8a bis 8c oder
3. im Wege eines Antrags an das örtlich zuständige Landesgericht entsprechend den §§ 6a, 7, 7a und 8 oder
4. durch Beauftragung einer gem. § 12 benannten Stelle.

(2) Die Bestimmungen dieses und des 4. Abschnitts gelten nicht für die in § 3 Abs. 1 Z 4 und Z 6 genannten Behörden.

Verhältnismäßigkeitsgrundsatz

§ 5. (1) Die zuständige Behörde darf bei der Ausübung der ihr zustehenden Befugnisse nur so weit in die Rechte von Unternehmerinnen und Unternehmern, ~~und~~ sowie anderer Personen eingreifen, als dies gesetzlich vorgesehen und zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist. Unter mehreren nach den Umständen des Einzelfalls in Betracht kommenden und zielführenden Befugnissen hat sie diejenigen zu ergreifen, die die Rechte der davon betroffenen Unternehmerinnen und Unternehmern, ~~und~~ sowie anderer Personen am geringsten beeinträchtigen, aber doch die rasche und wirksame Einstellung oder Untersagung/Unterlassung des ~~vermuteten~~ innergemeinschaftlichen Verstoßes nach der Verbraucherbehördenkooperationsverordnung versprechen. Jede dadurch bewirkte Beeinträchtigung von Rechtsgütern muss in einem angemessenen Verhältnis zum Gewicht des ~~vermuteten innergemeinschaftlichen~~ Verstoßes nach der Verbraucherbehördenkooperationsverordnung, zum Grad des Verdachts und zum angestrebten Erfolg stehen.

(2) Bei der Ausübung ihrer Befugnisse hat die zuständige Behörde darauf Bedacht zu nehmen, dass jedes unnötige Aufsehen sowie jede unnötige Störung oder Behinderung des Betriebs einer Unternehmerin bzw. eines Unternehmers vermieden werden.

Ausübung der Befugnisse unmittelbar durch die zuständige Behörde

- § 6. (1) ~~Bei einem begründeten Verdacht auf einen innergemeinschaftlichen Verstoß kann die~~ zuständige Behörde ist befugt, verlangen, dass ihr binnen angemessener Frist die Bereitstellung
- ~~1. der Unternehmer in~~ 1. der Unternehmer in aller relevanten und mit dem vermuteten ~~innergemeinschaftlichen~~ innergemeinschaftlichen Verstoß nach der Verbraucherbehördenkooperationsverordnung in Bezug stehenden unmittelbar zusammenhängenden Unterlagen, Daten und Informationen, in jeglicher Art und jeder Form und jedem Format (einschließlich elektronischer Datenträger) Einsicht gewährt, unabhängig von deren Speichermedium und Aufbewahrungsort, von
 1. Unternehmerinnen und Unternehmern,
 2. Dritten und
 3. Behörden nach Maßgabe einschlägiger verfahrensrechtlicher Bestimmungen
- zu verlangen und diese binnen angemessener Frist einzusehen und zu prüfen, sowie Kopien Abschriften und Auszüge der Unterlagen und Ausdrücke von elektronisch gespeicherten Daten herstellen lässt/davon anzufertigen oder zu erhalten,;
- ~~2. Unternehmer und andere Personen~~ 2. Unternehmer und andere Personen ~~Auskünfte über den vermuteten innergemeinschaftlichen Verstoß erteilen und~~
 - ~~3. der Unternehmer das Betreten und die Besichtigung der von ihm benützten Räume während der üblichen Öffnungs- oder Betriebszeiten ermöglicht (behördliche Nachschau).~~
- (2) ~~Wenn ein Verlangen der zuständigen Behörde nach Abs. 1 nach den Umständen des Einzelfalls den Zweck der Ermittlung gefährdet oder einem solchen Verlangen nicht nachgekommen wird, kann das Gericht auf Antrag der zuständigen Behörde dem Unternehmer oder im Fall des Abs. 1 Z 2 auch der anderen Person mit Beschluss nach Maßgabe des § 5 Abs. 1 und 2 auftragen, der zuständigen Behörde binnen angemessener Frist die in Abs. 1 genannten Ermittlungen zu ermöglichen. Auch kann das Gericht einen solchen Beschluss auf Antrag der zuständigen Behörde vorläufig für verbindlich und vollstreckbar erklären, wenn dies für den Zweck der Ermittlung erforderlich ist.~~

(2) Soweit dies zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben gemäß diesem Bundesgesetz bzw. der Verbraucherbehördenkooperationsverordnung erforderlich ist, kann die zuständige Behörde verlangen, dass ihr Unternehmerinnen und Unternehmer das Betreten und die Besichtigung der von ihnen benützten Räume während der üblichen Öffnungs- oder Betriebszeiten ermöglichen (behördliche Nachschau). Sie sind hiervon unmittelbar vor Beginn einer solchen Nachschau zu verständigen.

~~(3) Der Unternehmer, bei dem eine behördliche Nachschau durchgeführt werden soll, ist hievon unmittelbar vor deren Beginn zu verständigen. Die zuständige Behörde ist weiters befugt, von~~

1. Unternehmerinnen und Unternehmern,
2. ihren bzw. seinen Vertreterinnen und Vertretern, sowie
3. sonstigen Mitgliedern des Personals

Auskünfte, sowie Erklärungen zu Sachverhalten, Informationen, Daten oder Dokumenten, in Bezug auf den vermuteten Verstoß nach der Verbraucherbehördenkooperationsverordnung zu verlangen, sowie diese aufzuzeichnen. Hinsichtlich der in Z 2 und 3 genannten Verpflichteten kann dies die zuständige Behörde nur im Rahmen einer behördlichen Nachschau verlangen.

~~(4) Die Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes haben der zuständigen Behörde auf deren Ersuchen bei einer auf Grund eines Beschlusses nach Abs. 2 durchgeführten behördlichen Nachschau im Rahmen ihres gesetzlichen Wirkungsbereichs Hilfe zu leisten. Die Auskunftspflicht gem. den Abs. 1 und 3 gilt nicht, wenn sich die genannten Personen damit der Gefahr einer strafgerichtlichen Verfolgung aussetzen würden.~~

(5) Die zuständige Behörde darf die von ihr erlangten Ermittlungsergebnisse nur zu dem mit der Ermittlung verfolgten Zweck verwenden. § 84–78 der Strafprozeßordnung 1975 (StPO), StPO-1975, BGBl. Nr. 631/1975, und bestehende Befugnisse zur Anzeige von strafbaren Handlungen oder Unterlassungen bleiben unberührt.

(6) Die Befugnisse nach den Abs. 1 bis 3 übt die zuständige Behörde insoweit unmittelbar aus, als diese nicht gem. § 8a Abs. 2 der Staatsanwaltschaft vorbehalten sind.

(7) Abhilfesusagen im Sinne des Art. 9 Abs. 4 Buchstabe c VBKVO sind mit einer Vereinbarung über eine angemessene Konventionalstrafe (§ 1336 des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches (ABGB), JGS Nr. 946/1811) bei Nichteinhaltung zu besichern. Die zuständige Behörde kann die Abhilfesusagen in geeigneter Weise veröffentlichen. Auf Verlangen der zuständigen Behörde hat die Unternehmerin bzw. der Unternehmer einen Nachweis über die Einhaltung ihrer bzw. seiner Zusagen zu erbringen.

Ausübung von Befugnissen im Wege eines Antrags an das Gericht

~~§ 6a.-(1) Wenn ein Verlangen der zuständigen Behörde nach § 6 Abs. 1 bis 3 nach den Umständen des Einzelfalls den Zweck der Ermittlung gefährdet oder einem solchen Verlangen nicht nachgekommen wird, kann das Gericht auf Antrag der zuständigen Behörde dem Unternehmer oder im Fall des Abs. 1 Z 2 auch der anderen Person den in § 6 Abs. 1 bis 3 Verpflichteten mit Beschluss nach Maßgabe des § 5 Abs. 1 und 2 auftragen, der zuständigen Behörde binnen angemessener Frist die in § 6 Abs. 1 bis 3 genannten Ermittlungen zu ermöglichen. Auch kann das Gericht einen solchen Beschluss auf Antrag der zuständigen Behörde vorläufig für verbindlich und vollstreckbar erklären, wenn dies für den Zweck der Ermittlung erforderlich ist.~~

Heranziehung der Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes

~~§ 6b Die Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes haben der zuständigen Behörde auf deren Ersuchen bei einer behördlichen Nachschau gem. § 6 Abs. 2 und § 6a im Rahmen ihres gesetzlichen Wirkungsbereichs Hilfe zu leisten.~~

Unterlassungsanspruch

§ 7. (1) Die zuständige Behörde kann gegen eine Unternehmerin bzw. einen Unternehmer wegen eines vermuteten innergemeinschaftlichen Verstoßes nach der Verbraucherbehördenkooperationsverordnung bei Gericht einen Antrag auf Unterlassung dieses Verstoßes einbringen.

(2) Die Gefahr eines weiteren innergemeinschaftlichen Verstoßes nach der Verbraucherbehördenkooperationsverordnung besteht nicht mehr, wenn die Unternehmerin bzw. der Unternehmer nach Abmahnung durch die zuständige Behörde binnen angemessener Frist eine mit angemessener Konventionalstrafe (§ 1336 ABGB) besicherte Unterlassungserklärung abgibt. Die zuständige Behörde kann die Unterlassungserklärung in geeigneter Weise veröffentlichen.

(3) Soweit dies den Zweck des Verfahrens nicht gefährdet, hat die zuständige Behörde vor der Einbringung eines Unterlassungsantrags der Unternehmerin bzw. dem Unternehmer Gelegenheit zu

geben, die Ergebnisse der sie bzw. ihn betreffenden Ermittlungen einzusehen und dazu Stellung zu nehmen.

Befugnisse der zuständigen Behörden im Zusammenhang mit Online-Schnittstellen

§ 7a. (1) Unbeschadet der Regelung in § 7 Abs. 1 kann die zuständige Behörde im Zusammenhang mit Online-Schnittstellen wegen eines vermuteten Verstoßes nach der Verbraucherbehördenkooperationsverordnung gegen eine Unternehmerin bzw. einen Unternehmer bei Gericht einen Antrag auf Unterlassung, Entfernung von Inhalten und Anzeige eines Warnhinweises nach Maßgabe des Art. 9 Abs. 4 Buchstabe a und g VBKVO einbringen.

(2) § 7 Abs. 2 und 3 gelten sinngemäß.

Ausübung von Befugnissen durch Befassung der Telekom-Control-Kommission

§ 7b. (1) Zur Anordnung von Maßnahmen nach Maßgabe des Art. 9 Abs. 4 Buchstabe g VBKVO wegen eines —Verstoßes nach der Verbraucherbehördenkooperationsverordnung, welche die Anbieterinnen bzw. Anbieter von Internetzugangsdiensten, Hosting-Diensten gem. § 16 E-Commerce-Gesetz, BGBl. I Nr. 152/2001, Diensten der Zwischenspeicherung (Caching), Suchmaschinen bzw. die Registrierungsstelle für Domänenamen zu ergreifen haben, ist die Telekom-Control-Kommission berufen. Hierzu kann die zuständige Behörde einen Antrag an die Telekom-Control-Kommission als andere Behörde gem. Art. 10 Abs. 1 Buchstabe b VBKVO stellen. Bei der Anordnung von Maßnahmen berücksichtigt die Telekom-Control-Kommission den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz nach § 5.

(2) Voraussetzung für die Antragstellung nach Abs. 1 ist das Vorliegen einer rechtskräftigen Entscheidung über den Verstoß nach der Verbraucherbehördenkooperationsverordnung oder einen Verstoß gegen eine Erklärung der Unternehmerin bzw. des Unternehmers nach § 7 Abs. 2 bzw. § 7a Abs. 2.

(3) Die Voraussetzung nach Abs. 2 entfällt, sofern die bzw. der für den vermuteten Verstoß nach der Verbraucherbehördenkooperationsverordnung verantwortliche Unternehmerin bzw. Unternehmer

1. unbekanntem Aufenthaltsort ist und dieser nicht mit vertretbaren Mitteln festgestellt werden kann oder

2. unbekannt ist und ihre bzw. seine Identität nicht mit vertretbaren Mitteln festgestellt werden kann.

(4) Bei Vorliegen der Voraussetzung nach Abs. 3 beurteilt die Telekom-Control-Kommission die Ansprüche der zuständigen Behörde nach den §§ 7 bzw. 7a als Vorfrage im Sinne des § 38 Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 (AVG), BGBl. I Nr. 51/1991.;

(5) Werden im Verfahren nach Abs. 1 Maßnahmen angeordnet, sind der bzw. dem für den Verstoß nach der Verbraucherkooperationsverordnung verantwortlichen Unternehmerin bzw. Unternehmer Verfahrenskosten in Höhe von 2.000,00 Euro vorzuschreiben, es sei denn, diese bzw. dieser ist unbekanntem Aufenthaltsort bzw. unbekannt im Sinne des Abs. 3. Die Höhe der Verfahrenskosten vermindert oder erhöht sich ab dem Jahr 2021 in jenem Ausmaß, in dem sich der von der Bundesanstalt Statistik Österreich verlautbarte Verbraucherpreisindex 2015 oder der an seine Stelle tretende Index des Vorjahres verändert hat. Die Einnahmen fließen der Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH zu. Die eingenommenen Beträge werden auf die von Beitragspflichtigen nach § 34 des KommAustria-Gesetzes (KOG), BGBl. I Nr. 32/2001, zu leistenden Finanzierungsbeiträge angerechnet.

Vorläufige Maßnahmen mittels Befassung der Telekom-Control-Kommission

§ 7c. (1) Zur Anordnung von vorläufigen Maßnahmen nach Maßgabe des Art. 9 Abs. 4 Buchstabe a in Verbindung mit g VBKVO, die von den in § 7b Abs. 1 genannten Anbieterinnen bzw. Anbietern zu ergreifen sind, hat die zuständige Behörde einen Antrag an die Telekom-Control-Kommission als andere Behörde gem. Art. 10 Abs. 1 Buchstabe b VBKVO zu stellen.

(2) Die Anordnung von vorläufigen Maßnahmen erfolgt im Verfahren nach § 57 AVG mit Mandatsbescheid.

(3) Die Telekom-Control-Kommission beurteilt den Unterlassungs- bzw. Löschananspruch, sowie einen Anspruch auf Anzeige eines Warnhinweises der zuständigen Behörde nach § 7 Abs. 1 bzw. § 7a Abs. 1 als Vorfrage im Sinne des § 38 AVG.

(4) Diese vorläufigen Maßnahmen sind mit einem Enddatum oder mit dem Eintritt eines Ereignisses zu befristen.

(5) Werden im Verfahren nach Abs. 1 Maßnahmen angeordnet, sind der bzw. dem für den Verstoß nach der Verbraucherbehördenkooperationsverordnung verantwortlichen Unternehmerin bzw. Unternehmer Verfahrenskosten in Höhe von 1.000,00 Euro vorzuschreiben, es sei denn, diese bzw. dieser

ist unbekanntem Aufenthalts bzw. unbekannt im Sinne des § 7b Abs. 3. Die Höhe der Verfahrenskosten vermindert oder erhöht sich ab dem Jahr 2021 in jenem Ausmaß, in dem sich der von der Bundesanstalt Statistik Österreich verlautbarte Verbraucherpreisindex 2015 oder der an seine Stelle tretende Index des Vorjahres verändert hat. Die Einnahmen fließen der Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH zu. Die eingenommenen Beträge werden auf die von Beitragspflichtigen nach § 34 KOG zu leistenden Finanzierungsbeiträge angerechnet.

Gerichtliches Verfahren

§ 8. (1) Das zivilgerichtliche Verfahren nach diesem Bundesgesetz richtet sich nach den allgemeinen Bestimmungen des Außerstreitgesetzes, BGBl. I Nr. 111/2003 sowie den nachfolgenden Abs. 2 bis 5.

(2) Für gerichtliche Anträge gem. den §§ 6a, 7 Abs. 1 und § 7a Abs. 1 nach diesem Bundesgesetz ist das nach dem allgemeinen Gerichtsstand der Unternehmerin bzw. des Unternehmers örtlich zuständige Landesgericht, in Wien das Handelsgericht Wien, sachlich zuständig.

(3) Die zuständige Behörde ist berechtigt, im zivilgerichtlichen Verfahren nach diesem Bundesgesetz selbst aufzutreten.

~~(4) Auf den Unterlassungsantrag nach § 7 Abs. 1 sind die §§ 24 und 26 UWG 1984, BGBl. Nr. 448/1984, sinngemäß anzuwenden. Die zuständige Behörde kann die Unterlassungsentscheidung in geeigneter Weise veröffentlichen.~~

(4) Die Öffentlichkeit der Verhandlung über einen zivilrechtlichen Anspruch nach diesem Bundesgesetz kann auf Antrag ausgeschlossen werden, wenn durch die Öffentlichkeit der Verhandlung ein Geschäfts- oder Betriebsgeheimnis gefährdet würde.

(5) Zur Sicherung der Ansprüche gem. § 7 Abs. 1 und § 7a Abs. 1 können einstweilige Verfügungen erlassen werden, auch wenn die im § 381 der Exekutionsordnung, RGBl. Nr. 79/1896, bezeichneten Voraussetzungen nicht zutreffen.

Ausübung der der Staatsanwaltschaft vorbehaltenen Befugnisse

§ 8a. (1) Besteht bei einem vermuteten Verstoß nach der Verbraucherbehördenkooperationsverordnung der Verdacht einer mit gerichtlicher Strafe bedrohten Handlung gem. § 1 Abs. 1 StPO ist die zuständige Behörde verpflichtet, die Staatsanwaltschaft als andere Behörde gem. Art. 10 Abs. 1 Buchstabe b VBKVO zu befragen. Die zuständige Behörde übt ihr Antragsrecht nach Art. 6 Abs. 2 VBKVO mittels Anzeige gem. § 78 StPO an die Kriminalpolizei oder Staatsanwaltschaft aus.

(2) Nach Anzeige durch die zuständige Behörde übt die Staatsanwaltschaft ihre Befugnisse nach der Strafprozessordnung 1975 aus. Die Befugnisse zur Anordnung

1. der Rückverfolgung von Datenströmen und zur Feststellung der Identität der daran beteiligten Personen im Sinn des Art. 9 Abs. 3 Buchstabe b VBKVO,

2. der Rückverfolgung von Finanzströmen und zur Feststellung der Identität der daran beteiligten Personen, sowie die Feststellung der Bankverbindung im Sinn des Art. 9 Abs. 3 Buchstabe b VBKVO,

3. der Feststellung der Identität der Inhaberin und des Inhabers von Internetseiten im Sinn des Art. 9 Abs. 3 Buchstabe b VBKVO,

4. der Durchsuchung aller mit dem vermuteten Verstoß nach der Verbraucherbehördenkooperationsverordnung in Zusammenhang stehenden Räumlichkeiten, Grundstücke und Transportmittel der Unternehmerin und des Unternehmers im Sinn des Art. 9 Abs. 3 Buchstabe c VBKVO und

5. der Sicherstellung aller Informationen, Daten und Dokumente im Sinn des Art. 9 Abs. 3 Buchstabe c VBKVO

sind jedenfalls der Staatsanwaltschaft vorbehalten.

Verständigungs- und Auskunftspflichten der Staatsanwaltschaft und des Strafgerichts

§ 8b. (1) Im Falle einer Befassung der Staatsanwaltschaft im Sinne des § 8a hat

1. die Staatsanwaltschaft über die Einbringung der Anklage, den Rücktritt von der Verfolgung und die Einstellung des Ermittlungsverfahrens unter Darlegung der Gründe und

2. das Strafgericht über die Verhängung und Aufhebung der Untersuchungshaft, sowie über die rechtskräftige Entscheidung unter Anschluss der verfahrensbeendenden Entscheidung

die zuständige Behörde zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu verständigen.

(2) Nach Maßgabe der technischen Möglichkeiten haben Mitteilungen durch elektronische Übermittlung dieser Daten gem. § 15b Abs. 1 des Strafvollzugsgesetzes, BGBl. Nr. 144/1969, zu erfolgen.

Verständigungspflichten der Verwaltungsstrafbehörde und des Verwaltungsgerichts

§ 8c. Im Fall von Verwaltungsstrafverfahren nach dem Verwaltungsstrafgesetz 1991, BGBl. Nr. 52/1991, aufgrund einer Anzeige eines vermuteten Verstoßes nach der Verbraucherbehördenkooperationsverordnung durch die zuständige Behörde hat

1. die Bezirksverwaltungsbehörde

a) über das Absehen von der Einleitung oder Fortführung des Verwaltungsstrafverfahrens samt Mitteilung der Gründe dafür,

b) über die Einleitung und Fortführung des Verwaltungsstrafverfahrens,

c) über die Einstellung des Verwaltungsstrafverfahrens samt Mitteilung der Gründe dafür oder über eine Ermahnung der beschuldigten Person unter Anschluss der Entscheidung,

d) über die rechtskräftige Entscheidung unter Anschluss der verfahrensbeendenden Entscheidung,

e) über die Erhebung eines Rechtsmittels durch die beschuldigte Person gegen eine Entscheidung,

2. das Verwaltungsgericht über die rechtskräftige Entscheidung unter Anschluss der verfahrensbeendenden Entscheidung

die zuständige Behörde unverzüglich zu verständigen.

3. Abschnitt

Koordination der Durchsetzung und der Verwaltungszusammenarbeit

Aufgaben der zentralen Verbindungsstelle

§ 9. (1) Die zentrale Verbindungsstelle hat das Informations- und Durchsetzungsersuchen einer ersuchenden Behörde im Sinn des Art. 3 ~~lit. f der Verordnung (EG) über die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz~~ Nummer 9 VBKVO der nach § 3 Abs. 1 zuständigen Behörde zu übermitteln. Wenn für einen vermuteten ~~in-nergemeinschaftlichen~~ Verstoß ~~innerhalb der Union~~nach § 3 Abs. 1 in den Zuständigkeitsbereich mehrerer Behörden ~~fällt~~zuständig sind, hat die zentrale Verbindungsstelle das Ersuchen allen diesen Behörden zu übermitteln und sie darüber zu unterrichten.

(2) Zur Koordinierung der Ermittlungs- und Durchsetzungstätigkeiten nach Art. 5 Abs. 3 VBKVO hat die zentrale Verbindungsstelle erforderlichenfalls mit den betroffenen zuständigen Behörden, anderen Behörden bzw. den gem. § 12 benannten Stellen Besprechungen abzuhalten. Diesen Besprechungen kann bei Bedarf auch eine gem. Art. 27 Abs. 1 VBKVO notifizierte Stelle beigezogen werden. Die anwesenden Personen sind zur Verschwiegenheit über vertrauliche Informationen verpflichtet. Ebenso sind allfällige Sitzungsprotokolle vertraulich zu behandeln.

Informationsaustausch

§ 10. (1) Die Durchführung des Informationsaustausches gem. den Art. 30 und 37 VBKVO erfolgt durch die zentrale Verbindungsstelle auf Grundlage der von

1. den zuständigen Behörden,

2. den gem. § 13 für die Vollziehung dieses Bundesgesetzes zuständigen Bundesministerinnen bzw. Bundesminister sowie

3. den gem. Art. 27 Abs. 1 VBKVO notifizierten Stellen

zur Verfügung gestellten Informationen. Letztere werden nur im Hinblick auf Informationen gem. Art. 37 Abs. 1 Buchstabe a VBKVO betreffend Markttrends, welche die Verbraucherinteressen beeinträchtigen können, zur Übermittlung aufgefordert.

(2) Informationen gem. Art. 37 Abs. 1 Buchstabe a VBKVO sind der zentralen Verbindungsstelle unter Beigabe der Belegquellen zu übermitteln.

(3) Die zentrale Verbindungsstelle lädt die zuständigen Behörden, je eine Vertreterin bzw. einen Vertreter der für die Vollziehung dieses Bundesgesetzes zuständigen Bundesministerinnen und Bundesminister, der Wirtschaftskammer Österreichs, der Bundesarbeitskammer, des Vereins für Konsumenteninformation, der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs, des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, des Österreichischen Seniorenrats und der nach Art. 27 VBKVO notifizierten Stellen bei Bedarf zu Sitzungen zum Zweck des Informationsaustausches ein. Die Sitzungsteilnehmerinnen und Sitzungsteilnehmer sind zur Verschwiegenheit über vertrauliche Informationen verpflichtet.

~~§ 10. (1) Die zentrale Verbindungsstelle hat den der Europäischen Kommission nach Art. 21 Abs. 2 der Verordnung (EG) über die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz zu erstattenden Bericht auch dem Parlament zu übermitteln und diesen über Tätigkeiten von gemeinschaftlichem Interesse nach den Art. 16 und 17 dieser Verordnung zu informieren.~~

~~(2) Die zuständigen Behörden haben der zentralen Verbindungsstelle bis zum 29. September 2008 und in der Folge alle zwei Jahre über ihre Erfahrungen mit der in ihren Wirkungsbereich fallenden Vollziehung der Verordnung (EG) über die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz zu berichten. Der Bericht hat die in Art. 21 Abs. 3 dieser Verordnung genannten Angaben zu enthalten. Zudem haben die zuständigen Behörden der zentralen Verbindungsstelle über ihre Tätigkeiten nach den Art. 16 und 17 dieser Verordnung zu berichten.~~

~~(3) Die zentrale Verbindungsstelle hat bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben nach den Art. 16, 17 und 21 der Verordnung (EG) über die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz auch die Tätigkeiten und Erfahrungen anderer mit dem Schutz der Interessen der Verbraucher befassten Stellen und Vereinigungen, insbesondere der in § 29 KSchG, BGBl. Nr. 140/1979, angeführten Stellen und des Schutzverbandes gegen unlauteren Wettbewerb, zu berücksichtigen.~~

Beirat

~~§ 11. (1) Bei der zentralen Verbindungsstelle ist ein Beirat zu bilden, der dem Austausch der Erfahrungen bei der Vollziehung der Verordnung (EG) über die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz dient. In den Beirat sind je ein Vertreter der für die Vollziehung dieses Bundesgesetzes zuständigen Bundesministerinnen und Bundesminister, der zuständigen Behörden, der Wirtschaftskammer Österreich, der Bundesarbeitskammer, der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs, des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und des Österreichischen Seniorenrats zu entsenden. Die Tätigkeit im diesem Beirat ist ein unbesoldetes Ehrenamt.~~

~~(2) Der Beirat hat sich eine Geschäftsordnung zu geben. Den Vorsitz führt ein Vertreter der Bundesministerin für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz. Der Beirat kann auch Unterausschüsse bilden.~~

~~(3) Die Willensbildung im Beirat erfolgt mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Der Beirat ist bei Anwesenheit von mindestens zwei Dritteln seiner Mitglieder beschlussfähig. Die in der Minderheit gebliebenen Mitglieder können begründete Minderheitsvoten abgeben.~~

~~(4) Der Beirat kann zu seinen Beratungen Vertreter weiterer Behörden einladen und diese anhören.~~

~~(5) Die zentrale Verbindungsstelle hat dem Beirat ihren Entwurf für einen in § 10 Abs. 1 genannten Bericht rechtzeitig zur Stellungnahme vorzulegen. Ebenso haben die zuständigen Behörden ihre Absicht, nach § 12 Abs. 1 eine Stelle mit der Durchsetzung zu beauftragen, rechtzeitig dem Beirat bekannt zu geben.~~

4. Abschnitt

Übertragung von Befugnissen

Beauftragung einer benannten Stelle mit der Durchsetzung

~~§ 12. (1) Die zuständige Behörde kann nach Maßgabe des Art. 7 VBKVO ~~8 Abs. 3 und 4 der Verordnung (EG) über die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz~~ und des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes nach § 5 eine in § 14 UWG ~~1984~~, in § 29 des~~

~~Konsumentenschutzgesetzes, BGBl. Nr. 140/1979, KSchG oder in § 85a des Arzneimittelgesetzes, BGBl. Nr. 185/1983, angeführte Stelle mit deren Einverständnis damit beauftragen, die Ansprüche im Sinne der §§ 7 und 7a geltend zu machen, von einem Unternehmer die Unterlassung eines vermuteten innergemeinschaftlichen Verstoßes im Sinn des § 7 zu erwirken, sofern die Stelle gegen diesen Unternehmer bereits gerichtlich oder außergerichtlich einen Unterlassungsanspruch geltend gemacht hat, der mit dem innergemeinschaftlichen Verstoß in einem sachlichen oder rechtlichen Zusammenhang steht. Auf ein solches Verfahren sind die §§ 7, 7a und 8 anzuwenden.~~

(2) Die zuständige Behörde darf der von ihr beauftragten Stelle nur diejenigen Informationen zur Verfügung stellen, die zur Durchsetzung ~~desr in Abs. 1 genannten Ansprüche~~ Unterlassungsanspruchs erforderlich sind. Die beauftragte Stelle darf diese Informationen auch nur insoweit verwenden. Darüber hinaus ist die beauftragte Stelle zur Verschwiegenheit über alle ihr zur Verfügung gestellten Informationen verpflichtet und hat die Vertraulichkeit dieser Informationen sicherzustellen.

~~(3) Die beauftragte Stelle ist zur Verschwiegenheit über alle ihr zur Verfügung gestellten Informationen verpflichtet und hat die Vertraulichkeit dieser Informationen sicherzustellen.~~

5. Abschnitt

Schlussbestimmungen

Evaluierung

§ 12a. Die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz hat die Auswirkungen der Ausübung von Befugnissen durch Befassung der Telekom-Control-Kommission gem. der §§ 7b und 7c auf die darin genannten Dienstanbieterinnen und Dienstanbieter sowie der Telekom-Control-Kommission gemeinsam mit dem Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie nach Ablauf von drei Jahren nach In-Kraft-Treten dieses Bundesgesetzes zu evaluieren.

[Schlussbestimmungen §§ 13 – 15]